

An  
Eidg. Finanzverwaltung  
Bundesgasse 3  
3003 Bern

Bern, 09.06.2010

**Stellungnahme zum Konsolidierungsprogramm 2011-2013 (KOP 11/13) und zur Umsetzungsplanung der Aufgabenüberprüfung (AÜP)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Merz,

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Nachfolgend nimmt der Personalverband transfair frist- und formgerecht zu KOP 11/13 und AÜP wie folgt Stellung:

**Konsolidierungsprogramm 2011 - 2013:**

**Grundsätzliche Bemerkungen:**

In den vergangenen sechs Jahren haben die Bundesfinanzen bessere Jahresergebnisse erzielt als geplant. 2004 und 2005 lagen die Defizite deutlich unter dem Budget. 2006, 2007 und 2008 überstiegen die Überschüsse das Budget um mehrere Milliarden Franken. 2009 schloss die Rechnung mit einem Überschuss von 2,7 Milliarden Franken, was weit über den geplanten 1,8 Milliarden lag. Zudem konnten durch das gute Ergebnis und die ausserordentlichen Einnahmen die Schulden um 11 Milliarden reduziert werden. Damit liegen die Schulden rund 20 Milliarden tiefer als 2005. Diese Fakten sprechen eindeutig für eine grosse Ausgabendisziplin.

Die Staatsverschuldung der Schweiz (41.3 Prozent des BIP im 2008) gehört zu den niedrigsten aller EU-Länder. Dadurch liegt die Schweiz im internationalen Vergleich in einer äusserst privilegierten Position. Die Staatsquote der Schweiz ist seit 2005 noch gesunken. 2008 lag sie bei 37.2 Prozent des BIP, also deutlich unter der willkürlichen 40-Prozent-Marke.

Die Einschätzungen für die Einnahmen für das Jahr 2011, welche im Februar 2010 vorgenommen wurden, dienen als Basis für das KOP 11/13. Da der Wirtschaftsaufschwung aber stärker ist als geplant, ist es wahrscheinlich, dass der Bedarf an Einsparungen noch weiter abnehmen wird. transfair unterstützt das KOP 11/13 deshalb nur in ausgewählten Bereichen. Grundsätzlich vertreten wir die

Haltung, dass der Staat gewisse Aufgaben zu leisten hat und dass sich dabei die Mittel nach den Ausgaben richten müssen und nicht umgekehrt. Für uns ist nicht akzeptabel, dass nur auf der Ausgabenseite Korrekturen getroffen werden, da wir durchaus auch Möglichkeiten sehen auf der Einnahmeseite bestehen, längerfristige Einnahmen zu generieren.

### **Bemerkungen zum Sparauftrag im Personalbereich:**

#### **Stellenseitige Massnahmen:**

Das Konsolidierungsprogramm sieht u. a. einen Stellenabbau beim Bund vor (minus 1 Prozent für 2011 und minus 2 Prozent ab 2013), was Einsparungen von 36 resp. 72 Mio. Franken ermöglichen würde. Das Personal des Bundes hat in den letzten Jahren bereits einen grossen Beitrag zur Sanierung des Bundeshaushaltes geleistet. So wurde in den Jahren 2003 bis 2007 rund 2'500 Vollzeitstellen abgebaut, die bis heute nachwirken. In den betroffenen Segmenten müssen mengenmässig die gleichen Aufgaben und Dienstleistungen erfüllt werden, was für die verbleibenden Angestellten teilweise zu einer massiven Mehrbelastung führt. Der Stellenzuwachs von rund 600 Stellen hat nicht mit der Begehrlichkeit der Verwaltung zu tun, sondern mit zusätzlichen Aufgaben (so z. B. beim EDA; BFM, Astra, BIT, etc). Für uns sind Stellenstreichungen nur gerechtfertigt, wo auch Aufgaben wegfallen. Daher lehnen wir diese Sparmassnahme grossmehrheitlich ab.

#### **Lohnseitige Massnahmen:**

Im Finanzplanjahr 2011 sind finanzielle Mittel von 1.5 Prozent für den Ausgleich der Teuerung eingestellt. Gemäss KOP 11/13 gehen Sie von einer Jahresendteuerung von 0.6 Prozent aus und beantragen für das Finanzplanjahr 2011 lediglich einen Teuerungsausgleich von 0.5 Prozent auszurichten um beim Personalaufwand eine Einsparung von 45 Mio. vorzunehmen zu können. Für das kommende Jahr wird jedoch bis dato eine durchschnittliche Teuerung von 0.7 Prozent erwartet. Auf Grund der Turbulenzen auf dem europäischen Finanzmarkt erlebt der Schweizer Franken eine unerwünschte Aufwertung. Es ist demzufolge in diesem, wie im kommenden Jahr mit einem weiteren Teuerungsanstieg zu rechnen. Unter diesen Umständen 45 Mio. zu Lasten der Teuerung kürzen zu wollen ist unserer Ansicht nach ein komplett falsches Signal. Wir fordern daher auf Grund der grossen Unsicherheiten auf jegliche Reduktion der eingestellten Mittel für einen Teuerungsausgleich zu verzichten.

### **Umsetzungsplanung der Aufgabenüberprüfung (AÜP):**

#### **Grundsätzliche Bemerkungen:**

Sicher ist es angebracht, die Aufgaben des Bundes in Abständen entsprechend auf Grund der sozialen und wirtschaftliche und territorialen Entwicklungen neu zu evaluieren. In diesem Kontext – und auch unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Mittel – ist es normal, dass Aufgaben des Bundes gestrafft, gestrichen oder ausgelagert werden. Es können aber auch Aufgaben ausgebaut oder neu geschaffen werden. Im vorliegenden Fall ist die Aufgabenüberprüfung, welche ja darauf hinzielen sollte, ob gewisse Aufgaben sinnvoll sind oder nicht, zu einer reinen Spar – und Streich-

übung verkommen. Zurückgewiesen werden müssen insbesondere jene Kürzungen, die der Wohlfahrt des Landes langfristig schaden und die negative demographische Entwicklung in der Schweiz noch verstärken.

**Ablehnung der Kürzung in den folgenden Bereichen:**

Ruhestandsregelungen bei besonderen Personalkategorien: Gerade für die Grenzwächter ist die Sonderregelung durch die hohe psychische und physische Belastung während ihrer Arbeit gerechtfertigt. Grenzwächter arbeiten im Schichtbetrieb und im Nachtdienst. Sie sind unangenehmen Arbeitsbedingungen wie Strassenverkehr und Abgaben, und vor allem einem latenten Risiko, tätlich oder mit Waffengewalt angegriffen zu werden ausgesetzt. Beim Berufsmilitär ist die Sonderregelung mit den in den letzten 33 Jahren geleisteten und nicht abgegoltene Überstunden klar begründet. Wir fordern deshalb vom Bundesrat sich an die unlängst verabschiedete Änderung des Bundesrechts zu halten und die Vorruhestandsregelung konsequent für die Monopolberufe beizubehalten.

Im regionalen Personenverkehr: da besonders Randregionen von den Kürzungen betroffen sind, was einem Grundauftrag des Service public, Gewährleistung der Leistungen auf dem gesamten Territorium, widerspricht.

Im Umweltschutz: Die Streichung der Beiträge des Bundesamtes für Umwelt (BAFU) für die Förderung von umweltfreundlichen Technologien setzt ein schlechtes Signal, selbst wenn es sich hier um bescheidene Summen handelt. „Cleantech“ – mit der Möglichkeit, tausende neue und qualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen- ist eine Branche mit hohem Wachstumspotential.

**Zustimmung der Kürzung in den folgenden Bereichen:**

Kompensation vorgezogener Leistungen ab 2011: Die Kompensation führt nicht zu einem Aufgabeverzicht oder einer Kürzung.

Einnahmeseitige Massnahmen: es wird allen vier Massnahmen zugestimmt.

Wir danken Ihnen für die wohlwollende Prüfung unserer Anträge und verbleiben

mit freundlichen Grüssen  
**Personalverband transfair**

Janine Wicki  
Leiterin Branche öffentliche Verwaltung